

KURZ UND PRÄGNANT

Vier Jahre nach dem Aufliegen des NSU

Auf den Tag genau am 4. November beschäftigte sich der Thüringer Landtag auf Antrag der Linksfraktion in einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „4 Jahre danach – Schlussfolgerungen aus dem NSU-Skandal konsequent umgesetzt?“. Im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag sind eine ganze Reihe Konsequenzen und Vorhaben aus den Kommissionen und Ausschüssen zum NSU aufgelistet, von dem einiges umgesetzt wurde und anderes in der Planung ist bzw. noch aussteht. So gibt es im Landtag einen neuen Untersuchungsausschuss mit weitgehendem Auftrag. Das V-Leute-Unwesen ist beendet. Die Förderung solcher Beratungsstellen, wie mobit und ezra, ist verstetigt. Die Dokumentationsstelle, die Polizeivertrauensstelle oder Änderungen am Polizeiaufgabengesetz sind in Vorbereitung. Die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Rassismus“ oder die Konzipierung eines Mahn- und Gedenkortes stehen noch aus. ■

Linkes Konzept für Einwanderungsgesetz

Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Linksfaktionen diskutiert derzeit ein linkes Konzept, das Entwürfen eines ökonomisch orientierten Einwanderungsgesetzes entgegengestellt werden soll. Darauf machte Susanne Hennig-Wellsow aufmerksam, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. „Ökonomische Nützlichkeitsabwägungen widersprechen unseren Auffassungen von einer offenen und solidarischen Gesellschaft“, betonte die Abgeordnete.

Ausgangsposition sei, die guten und klaren Positionen der LINKEN in der Flüchtlingspolitik – offene Grenzen für schutzsuchende Menschen, keine diskriminierenden Sondergesetze, schneller Zugang zu Bildung und Arbeit, Bleibeperspektive von Anfang an – um andere Wege der Einwanderung zu erweitern. Das gegenwärtige Regelwerk sei zu kompliziert, zu selektiv und zu restriktiv. Anspruch eines linken Vorschlages müssten demgegenüber Offenheit, Einfachheit und Gleichbehandlung aller sein.

„Die Ziele eines linken Einwanderungskonzepts, an dem unsere Fraktionsvorsitzendenkonferenz intensiv arbeitet, sind legale Einwanderung ohne große Hürden, schnelle und unbürokratische humanitäre Hilfe, sofortige rechtliche Gleichstellung und einfache Einbürgerung sowie das Recht auf Freizügigkeit“, so Susanne Hennig-Wellsow. Mit dem Konzept will sich die LINKE an der aktuellen Diskussion um ein „Einwanderungsgesetz“ beteiligen. ■

Das Schweigen der AfD ist Ermutigung der Täter

Plenardebatte: Wie Journalisten von AfD-Anhängern beschimpft und bedroht werden

„Veröffentlichte Meinung gegen öffentliche Meinung – Thüringer Medien zwischen Anspruch und Wirklichkeit“, mit diesem Thema wollte die AfD am 30. September im Landtag mal wieder ihr Süppchen kochen, gipfelnd im Vorwurf, „Journalisten dürfen keine plumpe Meinungsmache betreiben“ (Stephan Brandner, AfD).

André Blechschmidt, Medienpolitiker der Linksfraktion, erinnerte: „Ihr seid die Ersten, die an die Wand gestellt werden“, das haben Teilnehmer der AfD-Demonstration am 16. September vor der Thüringer Staatskanzlei einem Kamerateam des MDR zugebrüllt. So werden Journalisten von Anhängern der AfD hier in Thüringen beschimpft und bedroht. Von Menschen, die Herr Höcke gerufen hat und zu denen weder die AfD noch Herr Höcke auf Distanz gehen wollen. Mit Deutlichkeit: Eine solche Bedrohung ist ein Angriff auf die Pressefreiheit, ist ein Angriff auf Artikel 5 des Grundgesetzes und ist somit ein Angriff auf die Demokratie in diesem Land.“ Andere Teilnehmer der gleichen AfD-Demonstration, so der LINKE-Politiker weiter, „bedrängten und attackierten in mindestens zwei Fällen Fotografen, die dort am Rande der Veranstaltung ihrer Arbeit nachgingen“.

Immer wieder skandieren Teilnehmer auf AfD-Demonstrationen lautstark „Lügenpresse“. André Blechschmidt verwies darauf, dass der Begriff „bekanntermaßen ein gern benutztes Wort des NS-Funktionärs und späteren Propagandaministers, des Nazis Joseph Göbbels war. Zitat: „Ungehemmter denn je führt die rote Lügen-

genpresse ihren Verleumdungsfeldzug durch. Alles Lüge.“ Und der NS-Ideologe Alfred Rosenberg konstruierte zwischen dem Begriff der Lügenpresse und dem von ihm dargestellten öffentlichen Willen des Volkes gezielt einen Widerspruch, der zwingend aufgelöst, bzw. wie er formulierte, geklärt werden muss. Heute hören wir: veröffentlichte Meinung gegen öffentliche Meinung. Ich frage: Wo ist da der Unterschied?“

„Haltet den Dieb“

Man könnte sich aber auch Meinungsäußerungen der AfD im Landtag im allgemeinen „oder des medienpolitischen Sprechers im Konkreten zuwenden, der sich über die Arbeit von Journalisten artikuliert, die sich intensiv mit Rechtsextremismus und Rassismus auseinandersetzen und die wiederholt für ihre Arbeit, ihre authentischen, objektiven und mithin auch mutigen Beiträge ausgezeichnet wurden. Darüber schreibt Herr Brandner: „Schaut euch mal den Artikel und das Foto dazu an – so funktioniert Propaganda beim MDR“.

André Blechschmidt weiter: „Die wiederholten Angriffe auf die Presse hier in Erfurt, in Leipzig, in Nordrhein-Westfalen und kein Wort dazu von der Thüringer AfD, die sich immer im Internet stolz mit ihren Teilnahmen bei den Aufmärschen in Dresden präsentiert und sie hier in Erfurt organisiert. Eine Distanzierung von Gewalt gegen Journalisten durch die AfD, den Partei- und Fraktionschef Höcke oder dem medienpolitischen Sprecher habe ich bis heute nicht gehört. Das Schweigen der AfD bedeutet Tolerierung, bedeutet Ermutigung der Täter.“

Der Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei, Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff (LINKE), zitierte AfD-Zuschauer an den Redner Blechschmidt: „Sie haben die Demo infiltriert“, „wahrscheinlich haben Sie das sogar selbst gemacht“. Das ist schon ein starkes Stück, wenn Angriffe auf Journalisten aus einer von der AfD angemeldeten Demonstration kritisiert werden und der Eindruck suggeriert wird von Fraktionsmitgliedern der AfD, dass diejenigen, die es kritisieren, es selbst gewesen seien. Das Prinzip heißt „Haltet den Dieb“, aber jeder weiß, wer der eigentliche Dieb ist.“

Der Minister verwies auf Umfragen, wonach neben der Politikerverdrossenheit die Medienverdrossenheit getreten ist. Dabei stünden im unteren Bereich der sozialen Skala dafür vor allem zwei Ursachen: „1. die Diskrepanz zwischen der Weltsicht weiter Teile der Gesellschaft und der so aufgeklärten Welt, wie sie in den Medien dargeboten wird, und 2. die Kapitulation vor der Komplexität politischer Themen. Ein großer Teil der Menschen versteht die Welt nicht mehr und schon gar nicht die Welt, wie sie in den Medien dargeboten wird, und wendet sich deshalb ab. Auf dieses Spektrum zielt die Opferretorik der AfD, Opfer von Mainstream und Political Correctness zu sein.“

Und mit Blick auf die Internet-Kommunikation sagte Prof. Hoff: „Man kann sich aus der Isolationsfurcht, die auch das Abseitige beinhalten mag, befreien und dann zu der Einsicht gelangen, wir sind doch eigentlich viele und warum wird das nicht in den Medien abgeleitet.“ *Fortsetzung S. 10*

Katrin Christ-Eisenwinder Thüringer Gleichstellungsbeauftragte



Nachdem am 20. Oktober Katrin Christ-Eisenwinder – sie war von 2006 bis 2011 Landesgeschäftsführerin der Thüringer LINKEN und zuletzt Referentin des Weimarer Oberbürgermeisters – von Ministerpräsidenten Bodo Ramelow zur neuen Beauftragten für die Gleichstellung von Frau und Mann beim Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales,

Gesundheit, Frauen und Familie ernannt worden war, wurde ihr auch in der Fraktionssitzung der LINKEN im Landtag durch Susanne Hennig-Wellsow dazu herzlich gratuliert (s. Foto).

Katrin Christ-Eisenwinder wies auf den gleichstellungspolitischen Handlungsbedarf hin, der auch in Thüringen bestehe: „Frauen verdienen weniger,

als ihre männlichen Kollegen, Frauen sind seltener in Gremien, Aufsichtsräten oder Führungsetagen vertreten, Frauen sind diejenigen, die die Hauptlast der Familienpflichten übernehmen und somit den Spagat zwischen Familie und Beruf schaffen müssen. Hier Fortschritte zu erzielen, sehe ich als meine Aufgabe als Gleichstellungsbeauftragte des Landes.

Dazu werde ich darauf achten, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen umgesetzt werden. Und ich werde eigene Vorschläge zum Abbau der gesellschaftlichen Benachteiligung von Frauen entwickeln und auf ihre Umsetzung dringen.“

Zu Beginn ihrer Tätigkeit möchte die neue Gleichstellungsbeauftragte sich vordringlich der Überarbeitung des Thüringer Gleichstellungsgesetzes, der Entwicklung der Gendermedizin sowie der Überarbeitung des Maßnahmeplans gegen häusliche Gewalt widmen. ■